



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Ein klares NEIN zu sozialistischen und nationalistischen Irrwegen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag distanziert sich von allen Überlegungen und Bestrebungen, in Bayern und in Deutschland sozialistische oder nationalistische Irrwege zu beschreiten.
2. Der Landtag bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und damit zu unserer verfassungsmäßigen Ordnung, deren Kernbereich die Grundrechte sind. Der Landtag verurteilt daher Aktionen, die geeignet sind, diese Ordnung in Frage zu stellen.
3. Der Landtag lehnt explizit Vorschläge zur Verstaatlichung, Vergemeinschaftung oder Vergesellschaftung privatwirtschaftlicher Unternehmen wie BMW ab; auch die Enteignung privater Wohnungseigentümer ist nicht Gegenstand bayerischer Politik.
4. Der Landtag stellt fest, dass die von den Parlamenten und Regierungen des Bundes sowie der Länder getragene Soziale Marktwirtschaft die unverzichtbare Grundlage für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und die Schaffung von Wohlstand durch die Menschen und Unternehmen war und dies bis heute ist.

Begründung:

Die freiheitlich demokratische Grundordnung, darunter auch das Recht auf Privateigentum (Art. 14 Grundgesetz) und Berufsfreiheit (Art. 12 Grundgesetz) bildet seit dem Zweiten Weltkrieg die Grundlage, auf der der Bundestag und die Landtage sowie die Bundes- und Landesregierungen die Soziale Marktwirtschaft als Grundlage unserer Arbeits- und Wirtschaftsordnung geschaffen haben. Auf dieser Basis haben die Menschen und Unternehmen das deutsche Wirtschaftswunder nach dem Krieg geschafft, und tragen bis heute dazu bei, dass die Menschen in Bayern und Deutschland eine gute Lebensgrundlage haben. Seit Jahrzehnten besteht hierzulande Konsens, dass sozialistische, kommunistische und nationalistische Irrwege kein Mittel deutscher und bayerischer Politik sind. Dies gilt insbesondere auch für entschädigungslose Enteignungen. Diese sind mit dem Grundgesetz ebenso wenig vereinbar, wie jede Art von kommunistischen und nationalistischen Umtrieben.

Vor dem Hintergrund der jüngsten öffentlichen Debatten und Entgleisungen, erscheint es daher unverzichtbar, Verunsicherungen in der Bevölkerung sowie der in- und ausländischen Wirtschaft im Keim zu ersticken. Bayern und Deutschland lehnen jedwede rückwärtsgewandte, gescheiterte und nicht mit unseren Verfassungsgrundsätzen zu vereinbarende Ideologien und Ideen ab.